newsletter
Behindertenpolitik
82
Dez. 2020

# Teilhabe, ja oder nein?

## Reflexionen zum Tod von Peter Radtke

Am Samstag, dem 28.11.2020, ist Peter Radtke in München gestorben. Er war unter anderem Schauspieler und Gründer, langjähriger Geschäftsführer und anschließend Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Behinderte in den Medien – kurz abm. Zudem engagierte er sich seit 2003 im Nationalen Ethikrat und seit 2008 in dessen Nachfolgeorganisation, dem Deutschen Ethikrat, gegen die Präimplantationsdiagnostik.

Peter Radtke hat eine beeindruckende Karriere hinter sich. Er kam am 19. März 1943 in Freiburg/Br. zur Welt, machte u.a. eine Ausbildung als Dolmetscher, Übersetzer und Handelskorrespondent in Englisch, Französisch und Spanisch. Über den zweiten Bildungsweg erwarb er das Abitur, studierte Germanistik und Romanistik in Regensburg und Genf und erlangte sein erstes Staatsexamen in Deutsch und Französisch. Seine Promotion machte er an der Universität Regensburg in Romanistik mit Nebenfach Germanistik.

Radtkes Engagement für behinderte Menschen begann schon in den Siebzigerjahren zum Beispiel in der Theaterarbeit. So initiierte er 1978 das erste deutsche Behindertenstück, „Licht am Ende des Tunnels“ von Michael Blenheim, das am Münchner Theater der Jugend herauskam, mit „echten“ Behinderten auf der Bühne. Damals ein Novum. Er selbst spielte erstmals 1981 in dem Stück „Nachricht vom Grottenolm“ im Münchner Theater am Sozialamt und war 1982 Mitbegründer des „Crüppel Cabarets“. An den Münchner Kammerspielen, wo die neue Intendantin Barbara Mundel nun ein Ensemble aus behinderten und nicht behinderten Schau-

▶ **Fortsetzung S.5**

## Normalitäten

Nun sind auch wir im normalen Trend der Mainstream-Medien eingeschwenkt – der Corona-Berichterstattung. Aber was heißt in diesen Zeiten schon normal? Vielleicht hilft ein Blick auf die Ursprünge des Wortes „Norm“ oder lateinisch „norma“. Es bedeutet wie heute Regel oder Richtschnur, Maßstab.
In diesem Sinne stellt sich die Frage, wer setzt die Norm, wer prägt die Normalität der Lebensverhältnisse? Angesichts der Corona-Pandemie wird verschiedentlich von „neuer Normalität“ gesprochen. Christian Mürner fragt in seinem Beitrag grundsätzlich, ob das nun beschworene Neue wirklich so neu ist (▶ **S.4**).
Eine Normalität hat sich trotz Covid-19 auf jeden Fall gehalten – die höhere Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen im Vergleich zu Nichtbehinderten. Anlässlich des Welttages der Behinderten hat der DGB Zahlen veröffentlicht, nach denen entgegen dem positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt insgesamt die Erwerbslosenrate bei behinderten Menschen ansteigt. Erika Feyerabend stellt die Ergebnisse vor (▶ **S.2**).
Normal ist heute im Bereich Behinderung von Inklusion und Teilhabe zu reden. Im Rückblick stellt sich jedoch heraus, dass die Debattenkultur früher wesentlich kontroverser war. Anlässlich des Tode des Behindertenpädagogen Wolfgang Jantzen erinnert Heike Ehrig an seinen gesellschaftskritischen Ansatz in der Behindertenpädagogik, der im subjektivistisch, identitätspolitischen Diskurs viel zu wenig Beachtung findet (▶ **S.8**).
Dass eine mehr oder weniger verwirklichte Inklusion in der Schule durch Covid-19 gefährdet ist, das belegt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. So legten die Schulschließungen während des ersten Lockdowns im Frühjahr manche Defizite des gemeinsamen Lernens von (nicht-)behinderten Kindern offen. Volker van der Locht gibt Einblick in die Studienergebnisse auf ▶ **S.6**.
Da aufgrund der gestiegenen Corona-Infektionen ein erneuter Lockdown nach Weihnachten bevorsteht, bleibt vielleicht ein bisschen mehr Zeit über die angesprochenen Fragen des newsletters nachzudenken. In diesem Sinne

**Für die Redaktion**
**Volker van der Locht**

# Solidarität statt Hilfe!

Derzeit ist viel davon die Rede, dass Soloselbständige und freischaffende KünstlerInnen durch die Maschen der Corona-Hilfspakete gefallen sind und weiter fallen. Lufthansa und anderen Großunternehmen wird dagegen kräftig unter die Arme gegriffen. Immerhin gibt es für die sozialversicherten, unbefristet angestellten ArbeitnehmerInnen Kurzarbeitergeld. Wie sieht es mit jenen, rund 300.000 Beschäftigten in Behindertenwerkstätten aus?

Diese hierzulande rund 750 Werkstätten produzieren durchaus auch für große Unternehmen wie Volkswagen, Thyssen Krupp, Siemens, Daimler und andere. Auch Start-Ups mit Fairtrade-Label zählen zu ihren Auftraggeber. Tendenz steigend, trotz UN-Behindertenrechtskonvention: Im Jahr 2002 gab es 668 Werkstätten. Von den mehr als 300.000 Menschen mit Behinderungen in Werkstätten haben 75,5 % eine sogenannte geistige Behinderung, 20,97 % eine psychische und 3,48 % eine körperliche Behinderung. Die Einrichtungen müssen pünktlich, billig und verlässlich liefern. Sie sind verpflichtet, wirtschaftlich zu arbeiten. Dafür brauchen sie leistungsfähige Beschäftigte, die gleichzeitig beruflich so fit gemacht werden sollen, dass sie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden könnten. Das ist offensichtlich ein Zielkonflikt, denn das würde die Wirtschaftlichkeit der Werkstätten stark reduzieren. Auch deshalb schaffen es nur ein Prozent der Menschen aus den Werkstätten auf den ersten Arbeitsmarkt. Es ist eher umgekehrt so, dass Menschen vom ersten Arbeitsmarkt in diese „beschäftigungsähnlichen“ Verhältnisse geraten. Hier wird der Unwille der Unternehmen offensichtlich, ArbeitnehmerInnen mit Beeinträchtigungen einzustellen, Arbeitsplätze behindertengerecht auszustatten und wenigstens Mindestlöhne zu zahlen. Lieber zahlen sie Abgaben, wenn zu wenig – also sechs Prozent – Schwerbehinderte eingestellt werden. Oder sie greifen auf Beschäftigte in den Werkstätten zurück, um auch diese verpflichtenden Abgaben nochmal zu minimieren.

### Unerhörte Krisenbewältigung

Wie in den Schlachtereibetrieben beispielsweise, werden schon lange bestehende Missstände krisenbedingt offensichtlich oder gar verstärkt. In den Werkstätten gelten die dort Beschäftigten nicht als ArbeitnehmerInnen, die gewerkschaftlich erkämpfte Löhne erhalten, Interessenvertretungen wie Betriebsrat oder Mitarbeitervertretung bilden dürfen oder Kurzarbeitergeld bekommen. Sie erhalten 52 Euro Arbeitsfördergeld vom Land, einen Grundlohn von 89 Euro sowie einen individuell festgelegten Steigerungsbetrag, der sich nach Leistungsfähigkeit bemisst. Durchschnittlich bekamen sie im letzten Jahr 200 Euro. – und das nicht selten für eine 35-Stunden-Woche oder gar Akkord-Arbeit. Diese Arbeit gilt nicht als Erwerbsarbeit, sondern als „Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung“. Immerhin: Wer in einer solchen Werkstatt zwanzig Jahre und mehr gearbeitet hat, bekommt eine Rente, die sich an achtzig Prozent des durchschnittlichen Verdienstes aller Rentenversicherten bemisst. Fürstlich fällt auch diese Rente nicht mehr aus.

Seit Herbst häufen sich die Meldungen, dass die Werkstatt-MitarbeiterInnen oftmals nur noch 141 Euro im Monat erhalten. Das ist dem Corona bedingten Lock-down im Frühjahr diesen Jahres geschuldet, weil neben dem – durch das Land geförderten – Grundlohn auch der individuelle Steigerungsbetrag trotz geschlossener Produktion gezahlt werden musste, die verpflichtenden Rücklagen für Krisen nach neun Monaten Corona aufgebraucht sind. Und der Ausgleichsfond, den die Unternehmen eigentlich zahlen müssen, um die Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt behindertengerechter zu gestalten, wurde

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warnt in einem Positionspapier, veröffentlicht anlässlich des Internationalen Tags für Menschen mit Behinderung:

Das Armutsrisiko für Menschen mit Behinderung steigt – trotz der positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt, die es vor der Pandemie gab.

Für Menschen mit Beeinträchtigungen ist das Armutsrisiko seit 2005 um fast 50 Prozent gestiegen, nahezu jeder Fünfte ist nach einer Auswertung des Mikrozensus von 2017 von Armut betroffen, insgesamt 2,5 Millionen Menschen.

In der restlichen Bevölkerung blieb das Armutsrisiko in diesen Jahren gleich. Gründe gibt es einige, vor allem die Deregulierung des Arbeitsmarktes mit einem stetig wachsenden Niedriglohnsektor mit Minijobs und Mini-Löhnen gerade für Menschen mit Erwerbsminderung.

mittlerweile für die weitere „Lohnfortzahlungen“ „inklusionswidrig“ verwandt.

19 Prozent der Werkstätten, die an einer Umfrage teilnahmen, gaben an, Löhne gekürzt zu haben. Weitere 18 Prozent meinten, dass Kürzungen absehbar sind. Insgesamt hat sich in der Umfrage gezeigt, dass die Auswirkungen der Krise verzögert in den Werkstätten ankommen. Das Auftragsvolumen ist bei 86 Prozent der Umfrageteilnehmer zurückgegangen, berichtete die Tageszeitung „Neues Deutschland“.

### Krisenunabhängige Forderungen

Die in beschäftigungsähnlichen Verhältnissen schuftenden Menschen erwirtschaften geschätzte acht Milliarden Euro, haben aber fast keine Lobby. Diese Menschen sollten nicht nur ein Taschengeld beziehen, sondern faire Löhne erhalten, mit denen sie Miete bezahlen, mal einkaufen und ins Kino oder Theater gehen können, falls die Kulturschaffenden irgendwann wieder ihr Können präsentieren dürfen. Eigentlich sollten *alle* nach fairen Tarifverträgen unter erträglichen Arbeitsbedingungen bezahlt werden – eben auch jene, die in Werkstätten arbeiten, deren Anzahl zukünftig stark reduziert statt steigen sollte. Über politisch gewollte Strukturveränderungen, über eine andere Politik der Wohlfahrtsverbände, über gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Solidarität wäre das kein Zauberwerk, sondern schlicht möglich und machbar.

**Erika Feyerabend, Essen**

**Quellen:**
**https:**//bhponline.de/download/BHP%20Informationen/DGB_Armutsrisiko-Behinderung-1.pdf
**https:**//www.aktion-mensch.de/inklusion/arbeit/zahlen-daten-fakten.html#

Aktion Mensch hat gerade in Kooperation mit dem Handesblatt Research Institute ein „Inklusionsbarometer Arbeit“ zu „Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt“ veröffentlicht. Demnach sind 13 Prozent mehr Menschen mit Schwerbehinderung arbeitslos als 2019, in einzelnen Bundesländern sind es sogar rund 19 Prozent. Ende 2019 lag die Arbeitslosenquote mit 10,9 Prozent immer noch deutlich über der von Menschen ohne Behinderung (5 Prozent). Während 2019 noch alle Regionen ihr Ergebnis verbessern konnten, ergibt sich in diesem Jahr ein gespaltenes Bild: Verbesserungen in drei Regionen stehen Verschlechterungen in drei Bundesländern gegenüber. Schlusslicht ist in diesem Jahr Nordrhein-Westfalen.

# Rückkehr der Normalität

Es erstaunt, schon wurde gedacht, sie sei verschwunden: die Normalität! – nach der massiven Kritik in den 1980er und 90er-Jahren in der Behindertenpädagogik und Antipsychiatrie. 40 Jahre später kehrt sie zurück als öffentliches Thema infolge eines Virus. Aber war sie je weg?

Dazu ein paar Meldungen aus den Medien vom Frühjahr, Sommer und Herbst 2020.

„Ohne einen Coronavirus-Impfstoff werden wir nie wieder normal leben können“, sagte der Arzt Peter Piot, der an Covid-19 erkrankt war.

Ein „großer Schritt hin zur Normalität“ sei die Aufhebung des Lockdowns, hieß es in einem Kommentar. Aber „wir“ sollten doch „unsere Haltung zu den Unwägbarkeiten des Lebens überdenken“.

„Die Rollstuhlsportler sind mit dem Lockdown abrupt aus ihrem Trainingsbetrieb gerissen worden. Jetzt kehrt etwas Normalität zurück.“

War die Normalität aber eigentlich gar nicht weg, sondern trug Maske und wahrte Abstand, ist ihre Rückkehr eine missverständliche Formulierung. Entstand deswegen das Schlagwort „Neue Normalität“? Zum Beispiel:

Die Kolumnistin Julia Weber fragte, „ob die neue Normalität tatsächlich neu ist oder wir wieder in alte Muster fallen“?

„Die neue Normalität – Sind wir da schon angekommen?“ fragte auch die „Welt“.

„Testen muss Teil der neuen Normalität werden“, sagte der Neurologe Arndt Rolfs.

Es gibt auch einen Wikipedia-Eintrag „Neue Normalität“;
(https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Normalit%C3%A4t)
Hier wird darauf hingewiesen, dass der Ausdruck 2018 in der Philosophie geprägt und auf den Populismus bezogen wurde. Erst danach wurde er zum politischen Schlagwort, u.a. durch den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Der Finanzminister Olaf Scholz sagte: „Man müsse weiterhin mit dieser neuen Normalität umgehen.“ „Neue Normalität“ wird hier gleichgesetzt mit der neuen Wirklichkeit unter Pandemie-Umständen.

Eine weitere Dimension ergibt sich durch die Ambivalenz der Verwendung: ein Leben unter den Bedingungen von Corona oder in der Erwartung eines Lebens ohne Corona. Auch sind Abgrenzungstendenzen offensichtlich. Sie werden wie bei jeder Normalitäts-Vorstellung oft unausgesprochen mittransportiert.
Zum Beispiel:

Eine Demonstrantin gegen die Hygienemaßnahmen trug ein Plakat mit folgendem Schriftzug: „Freiheit und Friede sei mit mir und mit meinem unversehrten Körper.“

Der deutsch-österreichische Schriftsteller Daniel Kehlmann betonte in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung, dass allein „die Schweden“ es in Europa geschafft hätten, den Weg einer „vernünftigen Normalität“ einzuschlagen. Was heißt das anderes, als dass alle anderen unvernünftig waren?
Die Frankfurter Allgemeine Zeitung fragte in einem Kommentar von Christian Geyer zur Corona-Sprache: „Wie verrückt ist das Normale?“

Ungewiss ist, ob dieser Anflug der Auseinandersetzung mit Normalität oberflächlich bleibt oder eine soziale Bedeutung erreicht, auch in Bezug auf die Covid-19-Toten und -Erkrankten.

P.S. Der Biontech-Gründer Ugur Sahin erklärte Mitte November 2020, dass auch nach Beginn des Impfprogramms eine „Rückkehr ins normale Leben“ erst im Herbst 2021 möglich sei.

**Christian Mürner, Hamburg**

▶ **Fortsetzung von S.1**
spielern hat, löste Radtke 1985 noch einen mittleren Theaterskandal aus, als er mit seinem un-normalen Körper im Rollstuhl ein behindertes Kind darstellte. Peter Radtke war ein früher Held des inklusiven Theaters, wie es sich erst in jüngster Zeit richtig durchsetzt.

So lauten zurecht die lobenden und würdigenden Worte in Nachrufen der kobinet-Nachrichten und der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 30. November 2020. Weniger bekannt ist, dass Peter Radtkes „Engagement" für behinderte Menschen in der Krüppel-/Behinderten-Szene höchst umstritten war. Auf einer Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation 1991 bekundete Peter Radtke in seinem Einleitungsreferat über Selbstbestimmung Behinderter in der Rehabilitation, dass er der „sogenannten Krüppelbewegung" ausgesprochen reserviert gegenüberstehe (Die Randschau Okt./Dez. 1991, S. 25). Das beruhte auf Gegenseitigkeit. Als Radtke ein Jahr später in einer Ausgabe des SZ-Magazins ein Interview mit dem im Rollstuhl sitzenden Wolfgang Schäuble führte, setzte sich der Hamburger Krüppel-Aktivist Gerlef Gleiss kritisch mit den (Qualitäts-)Medien und der Rolle Peter Radtkes darin auseinander. In dem Artikel „Schäuble in seiner reduzierten Fassung" schrieb er:

*„In den Redaktionsstuben herrscht wie üblicherweise bei den Unbehinderten große Unsicherheit. Wie gehen wir mit dem querschnittgelähmten Wolfgang Schäuble um? Betroffen mitleidig? Einfühlsam über den Kopf streichelnd? Bewundernd seine Behinderung hervorhebend? Oder sehen wir über diese hinweg, behandeln Ihn wie früher, da wir doch irgendwie alle behindert sind? Wie wir es machen, machen wir es verkehrt. Da ist es doch am besten, wir schicken einen Behinderten zu ihm. Das wirkt modisch-chic und wir Unbehinderten können nichts falsch machen. Und zumindest Peter Radtke spielt dieses Spiel für die Süddeutsche Zeitung bis zur Peinlichkeit mit: Schau einer an: Sie im Sopur und ich im Sopur! Sie mit dem Bambi und ich mit dem Bundesverdienstkreuz! Sie in Bonn und ich auf der Bühne!"*
(Die Randschau Sept./Okt. 1992, S. 6)

Gleiss erwähnt, dass Schäuble seinerzeit einer der Initiatoren bei der Verschärfung des Asylrechts war, was Radtke in dem Interview an keiner Stelle ansprach.

Bereits 1989, als der australische Philosoph Peter Singer seine Thesen von der Tötung behinderter Neugeborener in Deutschland verbreiten wollte, fiel Peter Radtke der Krüppel-Szene unangenehm auf. Nachdem Singer aufgrund der Proteste von Behinderten, Frauen und AntifaschistInnen in Deutschland fast überall ausgeladen war oder Sprechverbot erhielt, konnte er medienwirksam im österreichischen Fernsehen problemlos auftreten. Dort beteiligte sich auch Peter Radtke als „betroffener Behinderter" an der Diskussion (Die Randschau Mai/Juni 1989, S. 10).

War das schon eine Form der heute so hochgelobten Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Diskurs? Damals sahen wir das etwas anders. Das hier erwähnte Randschau-Heft hatte den Themenschwerpunkt „Unser Lebensrecht ist undiskutierbar!" – Also das komplette Gegenteil einer Teilhabe am Diskurs mit Peter Singer. Es gab in der damaligen Behinderten-Szene noch ein politisches Bewusstsein von Oben und Unten, von Herrschern und Beherrschten, von Unterdrückern und Unterdrückten, das in der heutigen vor Nachhaltigkeit und Achtsamkeit strotzenden Teilhabediskussion verloren gegangen ist. Mögen Peter Radkes Lebensleistungen angesichts seiner starken Einschränkungen beachtlich gewesen sein. Wie sie zu werten sind, darüber sollte und muss man streiten. Die ihn verklärenden Nachrufe werden ihm nicht gerecht. Und die von der Behindertenbewegung aufgeworfenen Fragen einer Nichtteilhabe in diversen gesellschaftlichen Bereichen und Debatten sind aktueller denn je.

**Volker van der Locht, Essen**
Foto: Stefan Kiefer/dpa

**Lust zu schreiben?**
- **interessante Reportagen**
- **Erfahrungsberichte**
- **kompetente Analysen**
- **spitze Kommentare**
- **anregende Rezensionen und Kritiken**

**... oder sonst etwas aus der Welt behinderter Menschen**

**Der/Die melde sich:**
**newsletter Behindertenpolitik**
**Volker van der Locht**
**Finefraustr. 19**
**45134 Essen**
**Tel. 0201/4309255**
**E-Mail: volkervanderlocht@t-online.de**

# Exklusion in der Inklusion – Die Schulschließungen und die Folgen für K

In den beiden letzten Ausgaben des newsletters haben wir schon darüber berichtet, welche Probleme Eltern während der Corona-Pandemie haben, wenn sie die Gewährleistung des Unterrichts ihrer behinderten Kinder im Rahmen von Inklusionsschulen oder Förderschulen einfordern. So gab es den Ausschluss von Kindern vom Schulfahrdienst, wenn sie behinderungsbedingt keine Maske in den Bussen tragen konnten. Behinderte Kinder wurden in der Klasse hinter Glasscheiben gesetzt, um sie vor Ansteckung zu schützen. Derartige Beispiele können noch vielfach aufgezählt werden. Jenseits solcher Einzelfälle gibt es inzwischen eine systematische Studie zu den Erfahrungen und Praktiken des Schulbesuchs behinderter Kinder in Corona-Zeiten. Verfasst hat sie die Bildungsforscherin Dr. Nicole Hollenbach-Biele und sie trägt den bezeichnenden Titel „Gemeinsam lernen oder Exklusion in der Inklusion?“

Die nun vorgelegte Studie geht auf eine vorangegangene Untersuchung zurück, die Nicole Hollenbach-Biele zusammen mit dem Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm vor einem Jahr verfasst hat. Dabei ging es um den Stand der inklusiven Bildung nach zehn Jahren, in denen Inklusion als politisches Leitziel der Schul- und Unterrichtsverwaltungen postuliert wurde. Grundlage damals war eine umfangreiche Elternbefragung, die Hollenbach-Biele aus aktuellem Corona-Anlass erneut befragt hat. Die festgestellten Ergebnisse spiegeln die Erfahrungen des ersten Lockdowns und die anschließenden „Lockerungen“ bis zum Sommer. Wir stellen einige Ergebnisse vor.

### Zu den Ergebnissen

Insgesamt, soviel vorab, zeigt die Studie, wie zerbrechlich das soziale Gefüge der Familien mit behinderten Kindern und ihre Beziehungen zu den Schulen sind. Mehr als 2600 Eltern berichteten, dass digitales Lernen und Inklusion nicht einfach zu vereinbaren ist. Das Soziale, so die Eltern, sei ebenso wichtig. So hätten „Inklusionskinder und deren Mitschüler nicht so intensiv zusammen lernen und lachen können und die Inklusionskinder der Klasse meiner Tochter konnten während der Corona-Zeit viel weniger lernen.“

Es ist eine Binsenweisheit jahrzehntelanger Schulforschung, dass Schule mehr ist als eine Institution zur Vermittlung von Lernstoff. Sie ist für die Kinder auch Lebensraum, in dem sie ihre Freundschaften, Interessengemeinschaften und Cliquen herausbilden. Diese Kontakte konnten aber monatelang nicht gepflegt werden und das hatte nach dem Urteil von über 1800 befragten Eltern die Folge: „Die Kinder haben sich sehr vermisst:“

Für das Lernen von zuhause wünschen sich die Eltern deshalb auch, dass von der Schule digitale Formate bereitgestellt werden, die die Klassengemeinschaft als Ganze oder auch Teilgruppen von SchülerInnen in den Blick nehmen. Vorgeschlagen werden moderierte Klassenchats, WhatsApp-Gruppen, gemeinsame Onlineveranstaltungen oder Videochats, so dass sich die Kinder auch mal sehen können und wo nicht nur Schulisches, sondern auch Alltägliches wie in der Schule unter den Kids besprochen werden kann.

### Die Tücken eines Lernens am PC

Aber auch die Umsetzung des häuslichen Lernens barg manche Fallgrube. In der Öffentlichkeit wird immer wieder die Meinung vertreten, wenn von der Schule digitale Lernangebote bereitgestellt werden, die LehrerInnen zu den Familien Kontakt halten und die Familien einen Computer besitzen, ist alles geregelt. Der Realität entsprach dies oftmals nicht. So glaubten etwa 2600 Mütter und Väter, dass individuelle Förderung am PC für behinderte und nichtbehinderte Kinder weniger möglich sei. So fehle der Kontakt unter den Kindern, um voneinander zu lernen. Hinzu komme, dass vor allem „Kinder mit Förderbedarf digitale Lernangebote nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzen können“, weil „sie häufiger Probleme mit der Bedienung haben oder nicht die entsprechende Ausstattung, z. B. großer Monitor.“

Auch das Vorhandensein eines Computers garantiert noch kein erfolgreiches Homeschooling. Für 802 Mütter und Väter stellte sich die Situation folgendermaßen dar: „Wir haben nur einen Laptop für die ganze Familie und ich arbeite seit Corona daran 40 Stunden im Homeoffice. Das ist zu wenig mit zwei schulpflichtigen Kindern und geht einfach nicht auf.“

### Fehlendes Fachpersonal

Auch wenn Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stehen und die Kinder mit der Bedienung eines Computers vertraut sind, ist der Lernerfolg nicht notwendig garantiert. „So lautete eine Aussage: Lehrer haben sich sehr zurückgehalten in den letzten Wochen.“ Von daher wünschten sich 73 Prozent der Eltern für das häusliche Lernen mehr didaktische Hinweise, wie ihr

# Kinder mit Behinderungen

Kind die gestellten Aufgaben bearbeiten kann.

In diesem Zusammenhang erwähnten die Mütter und Väter den spärlichen bis fehlenden Kontakt zu den SchulassistentInnen. Sie werden als wichtige Hilfen bei der Bearbeitung der Unterrichtsmaterialien gesehen. Das gilt auch in Bezug auf technische Probleme, wenn irgendetwas nicht funktioniert – ein Programm stürzt ab oder die Internetverbindung bricht zusammen. 1776 Mütter und Väter (62%) fühlten sich dort alleingelassen.
36 Prozent der befragten Eltern wünschten sich darüber hinaus mehr Unterstützung im gesundheitlichen und pflegerischen Bereich. So können im Schulalltag bei auftretenden Problemen eines Kindes Lehrkräfte, TherapeutInnen, SozialpädagogInnen etc. direkt helfen und eventuell notwendige medizinische oder andere pflegerische Maßnahmen ergreifen. Eine solche fachliche Infrastruktur ist in den Familien aber nicht vorhanden und müsste bei einem häuslichen Lernen bereitgestellt werden.

Die Schulschließungen haben aus Sicht der Eltern nachteilige Folgen für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen. Nicole Hollenbach-Biele fasst dies so zusammen: „Die Sorgen, die viele Eltern in der Folge äußern, sind ernst zu nehmen: sie gehen unter anderem davon aus, dass sich die Lern- und Leistungsunterschiede zwischen Kindern und Jugendlichen mit gegenüber Kindern und Jugendlichen ohne sonderpädagogischen Förderbedarf durch die Schulschließungen vergrößert haben. Obwohl sie Inklusion grundsätzlich als den richtigen Weg erachten, befürchten sie, dass die gestiegene Heterogenität im Klassenzimmer zu einer doppelten Benachteiligung führen könnte: zum einen ein erhöhtes Tempo bei der Nacharbeit des verpassten Stoffs und bei dem SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht mitkommen werden – und Lehrkräfte, denen die Zeit für individuelle Förderung fehlt.“

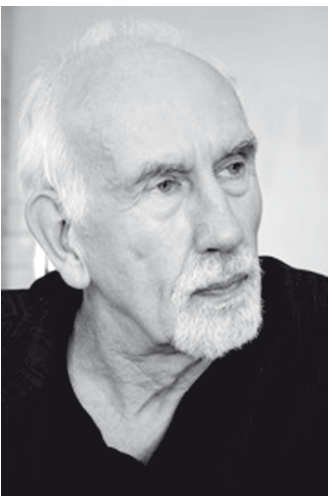
**Volker van der Locht, Essen**

Nicole Hollenbach-Biele: Gemeinsam Lernen oder Exklusion in der Inklusion? Wie Eltern die Corona-Zeit erleben und was das für die Schule der Zukunft bedeutet

Wer sämtliche Ergebnisse lesen möchte: Die Studie der Bertelsmann-Stiftung ist kostenlos zum Downloaden erhältlich unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Gemeinsam_Lernen_oder_Exklusion_in_der_Inklusion.pdf

# Erinnerungen an Wolfgang Jantzen –

## Ein persönlicher Nachruf



Ich kam Ende der 1980er Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin/ Doktorandin an den Studiengang Behindertenpädagogik der Universität Bremen. Dort traf ich auf einen noch relativ jungen Studiengang (1974 als Lehramts-, 1985 als Diplom-Studiengang etabliert), der geprägt wurde von einem kritischen Geist und sich streitbar abgrenzte von einer traditionellen, paternalistischen Heilpädagogik, und der Behinderung nicht als individuelles Problem, sondern als gesellschaftliche Kategorie beschrieb.

Diese ‚Bremer Schule' war entscheidend entwickelt worden von Wolfgang Jantzen, der zusammen vor allem mit Georg Feuser und Barbara Rohr diese neue professionelle und politische Sicht auf Behinderung konzipiert und theoretisch begründet hatte. Seinerzeit – und bis heute – fehl(t)en in keinem Bücherregal der kritischen Wissenschaftler*innen und Studierenden die berühmten ‚gelben Bände' von Wolfgang Jantzen, die ‚Allgemeine Behindertenpädagogik' in zwei Bänden. Wolfgang Jantzen analysierte die Kategorie ‚Behinderung' als Ergebnis von gesellschaftlichen Machtstrukturen, die, einer kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen, ‚Behinderung' produzieren, und er fasste pointiert zusammen: „Behinderung ist Arbeitskraft minderer Güte". Mit seiner marxistischen Grundhaltung machte er sich im Fach viele Feinde, aber Wolfgang Jantzen blieb streitbar und mischte sich unermüdlich in die fachlichen Diskurse ein. Das wissenschaftliche Werk Wolfgang Jantzens umfasst unzählige Veröffentlichungen und Vorträge, seine Leidenschaft für das kritische Nach- und Weiterdenken schien nie nachzulassen. Zu seinen jüngeren bedeutenden und wegweisenden Werken zählt die Gesamtherausgabe des Enzyklopädischen Handbuchs der Behindertenpädagogik: Behinderung, Bildung, Partizipation.

Wolfgang Jantzen war nicht nur ein großer Wissenschaftler und brillanter Theoretiker mit einem enormen Fundament an Belesenheit und analytischer Kompetenz, das bisweilen einschüchternd auf andere, jüngere Nachwuchskolleg*innen wirken konnte. Er hat sein Wissen auch mit großem Engagement in der Lehre weiterzugeben versucht. Dabei stellte er durchaus hohe Erwartungen an Studierende und Nachwuchsleute.

Wolfgang Jantzen war ein streitbarer und parteilicher Kämpfer für Menschen in erschwerten Lebenssituationen – eben auch für behinderte Menschen. Er war parteilich für Betroffene, suchte immer den Kontakt zu ihnen und versuchte zu unterstützen und zu fördern, wo es möglich war. Dabei geriet er immer wieder in Konflikte, mit der Behindertenbewegung ‚Selbstbestimmt Leben' ebenso wie mit den Verbänden und den Protagonist*innen der etablierten Sonderpädagogik. Wolfgang Jantzen scheute diese Auseinandersetzungen nie. Er blieb streitbar und unerschrocken.

Als junge Kollegin im Studiengang lernte ich Wolfgang Jantzen kennen als unterstützend gegenüber dem ‚wissenschaftlichen Nachwuchs', aber auch unbeirrt in seinen inhaltlichen Positionen und Ansprüchen. So gab es Zeiten, da durfte in keiner wissenschaftlichen Arbeit Bourdieu fehlen – hier konnte Wolfgang Jantzen auch unerbittlich sein. Er war jedoch immer ein großer Förderer von Studierenden, Doktorand*innen und Habilitand*innen.

Vor seiner wissenschaftlichen Leistung, seinem politischen Eintreten für eine gerechte Welt, seiner humanistischen Haltung und seiner Standhaftigkeit hatte ich immer größten Respekt. Doch ich konnte Wolfgang Jantzen darüber hinaus von einer anderen, geselligen Seite kennenlernen. Auf privaten Treffen in der Bremer Kolleg*innenrunde war er ein fröhlicher, zugewandter Mensch, der mit uns feierte und das Zusammensein genoss.

Nun ist Wolfgang Jantzen gestorben – trotz seines Alters irgendwie doch überraschend, weil er nie aufgehört hatte, präsent zu sein, sich einzumischen und zu publizieren. Er war ein großer und kluger Kämpfer für eine humanere und gerechte Welt. Wolfgang, Deine Stimme wird fehlen!

**Heike Ehrig**
**Professorin für Behindertenpädagogik/Disability Studies an der Hochschule Düsseldorf**

Foto: www.psychosozial-verlag.de

## Impressum

**newsletter Behindertenpolitik Nr. 82 (erscheint als Beiheftung von BIOSKOP Nr. 92)**

**Redaktion und Mitarbeit:**
**Volker van der Locht (viSdP), Erika Feyerabend, Heike Ehrig, Christian Mürner**

**Redaktionsadresse:**
**Finefraustraße 19, 45134 Essen**
**Tel. 02 01 / 43 09 2 55**
**E–Mail: volkervanderlocht@t-online.de**

**Druck:**
**Zeit-Druck Thäns, Dorfstr.22, 26759 Hinte**